

20.26

Bundesrat David Stögmüller (Grüne, Oberösterreich): Frau Präsidentin! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Minister! Zuerst einmal möchte ich Ihnen ganz herzlich meinen Dank aussprechen, Herr Minister. Wie ich nämlich gerade gelesen habe, haben Sie sich im Ausschuss, im Nationalrat, auch vehement für die Mindestsicherung eingesetzt. Da muss ich Ihnen sagen: Vielen Dank, dass Sie da dranbleiben und auch standhalten! Wirklich, das muss man einmal so sagen! (*Beifall bei Grünen und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – Ja, ich weiß es, wir haben uns auch mit dem FPÖ-Antrag oder, besser gesagt, mit der Resolution der SPÖ Burgenland auseinandergesetzt.

Ich beginne vielleicht einmal gleich mit den positiven Dingen, die ich in diesem Antrag gelesen habe, das ist einmal ein bisschen etwas anderes. Ja, wir haben auch positive Punkte gefunden, die wir Grüne schon im Nationalrat eingebracht haben – die haben wir dort schon eingebracht (*Bundesrätin Mühlwerth: Das ist ja nur die Präambel!*) –: Das ist zum einen die Forderung bezüglich der Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Der Kollege hat schon gesagt, dass das Vergaberecht heute auch im Sozialausschuss im Nationalrat besprochen worden ist, und wir sind da absolut dafür! Die Verknüpfung von öffentlicher Beschaffung mit der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping ist ganz wesentlich, das könnte noch viel enger gekoppelt werden, das ist sehr wichtig. (*Zwischenruf des Bundesrates Samt.*)

Man muss dazu auch wissen, dass 16 bis 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Österreich durch öffentliche Aufträge erwirtschaftet werden. Der zweckmäßige Einsatz von Steuergeldern für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge kann beschäftigungs-, aber auch umweltpolitische Zielsetzungen verfolgen, und das wird unserer Meinung nach noch ein bisschen zu wenig ausgenützt – damit ich auch ein bisschen etwas Negatives sage. (*Heiterkeit des Bundesrates Mayer.*) Aber es steht ja wie gesagt auch eine zweite Vergabnovelle an, die gerade beschlossen wird, und die soll im Sommer auch ins Parlament kommen, auch im Bundesrat werden wir uns noch damit auseinandersetzen. (*Bundesrat Schennach: Mit welchen Stimmen wurde denn das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz im Nationalrat beschlossen, ...?*) – Wie bitte? (*Bundesrat Schennach: Mit welchen Stimmen wurde das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz beschlossen?*) – Das weiß ich jetzt nicht auswendig. (*Bundesminister Stöger – drei Finger in die Höhe haltend –: Drei!*) – Drei? Okay. (*Bundesrat Schennach: Da fehlt aber dann jemand, oje, oje!*) – Da fehlt jemand, okay.

Vielleicht gleich nur vorweg zum Sozial- und Lohndumping: Da möchte ich Sie auch gleich aufmerksam machen, Herr Bundesminister, Sie werden auch von meinen KollegInnen gehört haben, dass nicht nur dem Baubereich eine besondere Stellung bei den öffentlichen Vergaben zukommen soll. Der Dienstleistungsbereich, und da vor allem die sozialen Dienstleistungen, der öffentliche Verkehr und auch die Lebensmittelbeschaffung sollen genauso unter das Vergaberecht fallen. Diese Bereiche sind genauso wie die Baubranche der Gefahr von Lohn- und Sozialdumping ausgesetzt. Darauf möchten wir Sie als Minister einfach noch einmal besonders hinweisen.

Eine weitere grüne Forderung, die ich in diesem Antrag gefunden habe, ist die Aufstockung der Finanzpolizei und Finanzprüfer. Diesbezüglich haben wir erst Ende Februar einen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht, und dieser wurde ebenfalls heute Vormittag im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Nationalrat behandelt, also wir sind da schon dran.

Ein Punkt, der da behandelt und erwähnt wird und der mir auch persönlich am Herzen liegt, ist die Lehrlingsausbildung. Ich halte es auch für einen guten Ansatz, das zu erwähnen – das ist klar, ist ja auch ein SPÖ-Antrag –, ich halte das für wichtig. Es braucht da ein Gesamtpaket, um die Lehre auch attraktiver zu machen, die Betriebe zu motivieren, aber auch die Lehrlinge. Das nehme ich auch gleich als Anlass, Sie diesbezüglich wieder einmal ein bisschen zu motivieren.

Wir haben in Oberösterreich, Tirol und Salzburg andere Bedürfnisse als die anderen Bundesländer. Im Unterschied zu den restlichen Bundesländern gibt es in Oberösterreich, in Tirol und in Salzburg mehr motivierte Betriebe, die Lehrlinge aufnehmen möchten. (*Bundesrätin Zwagl: Hallo, hallo, Niederösterreich ist in der Lehrlingsausbildung führend!*) – Ja, es gibt dort viele Lehrlinge, aber wir haben zu wenige Lehrlinge, wir suchen Lehrlinge bei uns in den Betrieben. Das heißt, die Lehre muss auch attraktiv gemacht werden. (*Zwischenrufe der Bundesräte Zwagl und Mayer.*) – Okay, schön, dass da Niederösterreich auch dabei ist, danke.

Also: Wir brauchen ein Gesamtpaket, und wir Grüne sind sehr gerne gesprächsbereit. (*Zwischenruf des Bundesrates Längle.*) – Bitte? (*Bundesrat Längle: Jetzt kommt ...!*) – Nein, jetzt komme ich zu den restlichen Sachen im Entschließungsantrag, und zwar sind diese meiner Ansicht nach eine Anhäufung von Schutzforderungen, die auf der Abschottung von Österreich beruhen, nichts anderes.

Da werden immer wieder konsequent Personenfreizügigkeit und die Entsendung miteinander verwechselt. So wird auch als einzige Regelungsmöglichkeit die Abschottung des Arbeitsmarktes gegenüber NichtösterreicherInnen genannt.

Dieser Antrag zeigt, dass die Arbeitsmarktpolitik großteils auf Bundesebene stattfindet. Es braucht aber de facto eine Verstärkung der europäischen Arbeitsmarktpolitik, um dieses Problem auch zu lösen.

Ich möchte noch auf einige Punkte eingehen, die wir nicht so positiv finden: So würde zum Beispiel die Forderung 1 klar gegen das geltende EU-Recht verstoßen; dabei geht es um eine temporale und sektorale Beschränkung der europaweiten Personenfreizügigkeit. Der Kollege hat es ja schon gesagt: Das ist eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Es ist klar, dass das der FPÖ – EU-Austritt und so weiter – wieder gefällt. (*Bundesrat **Krusche**: Das ist ein SPÖ-Antrag! – Bundesrat **Schennach**: Ihr seid ja so fasziniert ...!*)

Punkt 3: Das ist eine Einschränkung des Sozialsystems für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist für uns europapolitisch sehr bedenklich. Diese Einschränkung der Familienbeihilfe bedeutet nichts anderes als das Kappen der zarten Anfänge der Sozialunion. Eines vielleicht (*in Richtung der SPÖ*): Ich muss diese Kritik ja nicht nur an die FPÖ richten, ich kann die Kritik auch genauso an die SPÖ Burgenland richten, wenn es ihr Antrag ist. (*Bundesrat **Schennach**: Wo ist sie?*) Bitte das auch zur Kenntnis zu nehmen. (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

Vizepräsidentin Ingrid Winkler (*das Glockenzeichen gebend*): Könnte man dem Kollegen die Chance geben, dass man ihn hört?

Bundesrat David Stögmüller (*fortsetzend*): Vielleicht noch zu Punkt 6, abschließend: Unternehmen sollen nur mehr ÖsterreicherInnen einstellen. Wie gehabt: Das ist gesetzlich für EU-BürgerInnen so nicht zu regeln, und für Beschäftigte aus Drittstaaten ist es ohnehin schwer, überhaupt auf den österreichischen Arbeitsmarkt zu kommen.

Wir werden also diesem Antrag heute nicht zustimmen, zum einen, weil bei einigen Punkten bereits Forderungen im Parlament eingebracht wurden, und zum anderen, weil einige Punkte in diesem Antrag europafeindlich und rechtlich bedenklich sind. – Vielen Dank. (*Beifall bei den Grünen sowie bei Bundesräten von ÖVP und SPÖ.*)

20.33

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Todt. Ich erteile ihm dieses. (*Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ.*) – Kollegen, bitte!